

RS Vwgh 2006/12/14 2005/12/0236

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 14.12.2006

Index

E000 EU- Recht allgemein

E3L E05200510

E3L E05202020

E6j

63/02 Gehaltsgesetz

Norm

31999L0070 Arbeitsvertrag-RL befristeter;

32000L0078 Gleichbehandlungs-RL Beschäftigung Beruf Art18;

62004CJ0144 Mangold / Helm VORAB;

EURallg;

GehG 1956 §117a Abs2 idF 1999/I/161;

GehG 1956 §117c Abs1 idF 1999/I/161;

Hinweis auf Stammrechtssatz

GRS wie 2005/12/0099 E 31. Jänner 2006 RS 9(hier: ohne den dritten Satz)

Stammrechtssatz

Das Verbot der Diskriminierung wegen des Alters ist als ein allgemeiner Grundsatz des Gemeinschaftsrechts anzusehen. Dieser allgemeine Grundsatz des Gemeinschaftsrechts ist aber - wie der EuGH in seinem Urteil vom 22. November 2005 in der Rechtssache Mangold gegen Helm, C-144/04, RZ 75, ausdrücklich ausführt - nur im Geltungsbereich des Gemeinschaftsrechts gegeben. So hat der EuGH, a.a.O., festgehalten, dass die Anwendbarkeit des allgemeinen gemeinschaftsrechtlichen Verbots der Diskriminierung wegen des Alters in dem dort vorliegenden Fall deshalb gegeben ist, weil die diskriminierende nationale Bestimmung dort in Umsetzung der Richtlinie EG 1999/70 ergangen ist und nicht etwa schon deshalb, weil die Richtlinie EG 2000/78 schon erlassen war oder es sich um eine Angelegenheit des (nationalen) Arbeitsmarktes gehandelt hat. (Da im Beschwerdefall aber kein Gemeinschaftsrecht zu vollziehen war, ist der allgemeine Grundsatz des Verbotes der Diskriminierung wegen des Alters auf den vorliegenden Fall nicht anzuwenden und entfaltet daher keine Wirkung.)

Gerichtsentscheidung

EuGH 62004J0144 Mangold / Helm VORAB

Schlagworte

Gemeinschaftsrecht Richtlinie richtlinienkonforme Auslegung des innerstaatlichen Rechts

EURallg4/3 Gemeinschaftsrecht Anwendungsvorrang, partielle Nichtanwendung von innerstaatlichem Recht

EURallg1 Gemeinschaftsrecht Richtlinie unmittelbare Anwendung EURallg4/1

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2006:2005120236.X02

Im RIS seit

06.02.2007

Zuletzt aktualisiert am

01.03.2017

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>